

—  
Lothar Binding  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Berliner Büro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 -73144  
Fax: (030) 227 -76435  
eMail Berlin:  
lothar.binding@bundestag.de

**Bürgerbüro Heidelberg**  
Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg  
Tel: (06221) 18 29 28  
Fax: (06221) 61 60 40

—  
Sehr geehrte Herren,

vielen Dank für Ihre Mail vom 20 Juni mit der, ohne header, beigefügten Anfrage, die ich zuvor nicht erhalten hatte. Da ich täglich deutlich mehr Anfragen erhalte, als in der gebotenen Zeit und der notwendigen Ausführlichkeit zu beantworten sind, und da Sie wichtige und inhaltlich sehr komplexe Fragen stellen, auf die ich fachlich entsprechend ausführlich eingehen möchte, bitte ich um Entschuldigung für die erst heute möglich Antwort. Allerdings habe ich gleichwohl den Grundsatz: Kein Brief ohne Antwort.

Außerdem bitte ich um Entschuldigung für die Ausführlichkeit meiner Antwort. Aber es ist, orientiert an der Komplexität Ihrer Fragen, erforderlich, Hintergründe, Ursachen, Anlässe und Wirkungen genauer zu beleuchten um nicht den üblicherweise in primitiven Zeitungen erzeugten Klischees gedanklich zum Opfer zu fallen. Sie werden mir sicher zustimmen, dass gelegentlich schon der gewählte Stil in einer Korrespondenz erkennen lässt, worin die tägliche Lektüre der Beteiligten besteht.

Nun zu Ihrem ersten Fragenkomplex: Beamte versus Arbeiter/Angestellte, den ich hier nur kurz zusammenfassend anspreche:

Zunächst zu dem bereits in den Altersvorsorgegesetzen festgelegten also beschlossenen Ziel: Unter Berücksichtigung bestehender Rechtsansprüche wird eine „wirkungsgleiche Übertragung „ auch auf Beamte vorgesehen. Damit wird als Ziel der Gleichheitsgrundsatz verfolgt.

Sie haben sicher wahrgenommen, dass die Berechnung der Beamtenpensionen früher an einem 75% Niveau orientiert war, inzwischen wurde dies auf 71,75 gesenkt. Das ist ein erster Schritt, wie ich meine, in die richtige Richtung.

Zur Frage des Rentenbeginns zitieren Sie die jeweiligen formalen Eintrittsalter – das tatsächlich Eintrittsalter liegt aber im Durchschnitt bei einem Alter von unter 59 Jahren.

Zum Weihnachtsgeld... ist Ihnen sicher aufgefallen, dass es hier bereits zu deutlichen Kürzungen kommen soll.

Zu Ihren Zahlenbeispielen bitte Sie um einen Blick in die Anlage.

Zu der Frage nach der Besteuerung: Ja, Beamte müssen ihre Pension versteuern, aber auch der Ertragsanteil der Rente muß heute schon versteuert werden. Das Verfassungsgerichtsurteil hat aber definiert, dass auch Renten künftig nachgelagert versteuert werden müssen. Das ist auch der Grund, warum die Gesetzgebung – das war aber schon während der vergangenen Gesetzgebung bekannt – hier noch Anpassungen vornehmen muß. Die Frage dabei ist, ob die Einzahlung aus versteuertem oder unverteuertem Einkommen stammt; danach richtet sich, ob dann nachgelagert voll, oder aber nur der (fiktive) Ertrag, besteuert wird.

Sie schreiben: „Beamte werden alimentiert, Arbeiter und Angestellte finanzieren ihre Rente selbst“. Da der gesamte Lohn von Beamten aus der Staatskasse entnommen wird, ist diese Formulierung nicht zielführend. Natürlich könnte man das so regeln wie bei Arbeitnehmern, nur würde selbst dann im Ergebnis alles aus der Staatskasse entnommen. Bei den Renten ist es so, dass für die 18 Millionen Rentnerinnen und Rentner ca. 225 Mrdn. Euro benötigt werden. 75 Milliarden bezahlen die Arbeitnehmer, 75 Milliarden bezahlen die Arbeitgeber und 75 Milliarden kommen aus dem Steuertopf, werden als auch der Staatskasse entnommen. Von den 75 Milliarden aus dem Steuertopf dient etwa die Hälfte zur Abdeckung versicherungsfremder Leistungen (DDR-Rentner, Aussiedler, geänderte Anerkennungszeiten Mutterschutz etc), die zweite Hälfte fehlen an Beiträgen bei den AG und AN.

Sie sehen, dass „Gleichheit“ doch ein schwieriger Begriff ist. Ich denke den Unterschied zu suchen zwischen Beamten und Arbeitern ist nicht zielführend. Viele Beamte verdienen während ihres Lebens sehr wenig – das ist ja auch ein Grund warum viele (ich auch) in die Industrie gehen um einen anderen Beruf zu erlernen – z.B. Polizeibeamte, Feuerwehrleute, viele Beamte in städtischen Einrichtungen, Kliniken usw. usw.. Andere Beamte verdienen aber sehr viel. Deshalb sollte nicht der Rechtsstatus verglichen werden, sondern die Arbeits- und Einkommenssituation.

Aber wie gesagt: Allein schon, um einer uralten Neiddebatte zu begegnen, war ich dafür eine wirkungsgleiche Übertragung der Systeme ins Gesetz zu schreiben. Und erst wenn dieser Prozess abgeschlossen sein wird, wird Vergleichbarkeit gegeben sein und der Gleichheitsgrundsatz messbar überprüfbar.

Die Antworten auf die weiteren Fragen zur Rente entnehmen Sie bitte der ausführlichen Anlage.

Nun zu Ihrem zweiten Fragenkomplex: Agenda 2010.

Sie erfordert eine differenzierte, auch kritische Betrachtung.

Was die Agenda leistet und wo ich Ergänzungen sehe, sei an einigen Beispielen gezeigt.

Die Maßnahmen, die in der Agenda 2010 vorgeschlagen werden, fördern Soziale Gerechtigkeit z.B. indem einerseits die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden, mit dem Ziel die enorme Zinsbelastung mittelfristig zu senken. Andererseits werden die Investitionen des Staates, speziell der Städte und Gemeinden stabilisiert, um Arbeit zu schaffen. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu Stärkung der Investitionskraft der Kommunen gegenwärtig in Arbeit. Außerdem hat der

Bund ein Investitionsförderprogramm für Kommunen aufgelegt.

Soziale Gerechtigkeit wird weiterhin durch ein doppeltes Programm zur Kinderbetreuung gestärkt: Vier Milliarden für die Ganztagsbetreuung, 1,5 Milliarden für den Krippenbereich. Es gibt eine kräftige Steuerentlastung, insbesondere für Familien und steuerliche Freibeträge für Betreuung, Erziehung und Ausbildung, die insbesondere Alleinerziehenden helfen.

Soziale Gerechtigkeit erfordert aber auch, dass Unternehmen und Unternehmer Verantwortung übernehmen: es dürfen nicht nur die Steuersenkungen eingeharnt werden, es sind auch Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu schaffen. Andernfalls ist eine Ausbildungsplatzabgabe unverzichtbar. Auch das folgt aus der Agenda 2010.

Für mich war von Anfang an eine Ergänzung der Agenda 2010 hinsichtlich der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld ab einem Alter von 55 Jahren erforderlich, um die individuelle(!) Lebensleistung der Menschen zu würdigen. Mit Blick darauf aber, dass 60% aller Unternehmen in Deutschland keinen Arbeitnehmer älter als 50 Jahre beschäftigen, kann die bisherige Regelung allerdings nicht beibehalten werden. In der Vergangenheit haben sich insbesondere Großbetriebe auf dem Rücken der Sozialkassen mit diesen Regelungen, die seit 1985 eingeführt wurden, von ihren älteren Arbeitnehmern getrennt. Diese "Kultur" der Ausgrenzung älterer Arbeitnehmer muss beendet werden. Im Übrigen: nur ein Sechstel der auf diese Weise vorzeitig in den Ruhestand gedrängten Arbeitnehmer wurden durch jüngere Arbeitnehmer ersetzt. Außerdem stiegen auch dadurch die Lohnnebenkosten seit den 80ern von ca. 34 auf über 40% und es ist interessant zu sehen, wer sich heute darüber aufregt.

Für mich ist auch die gerechte Verteilung der Lasten eine wichtige Frage. Deshalb denke ich, wie viele Fachpolitiker, über eine Weiterentwicklung der Vermögen- und Erbschaftsteuer nach. Aber Vorsicht: Erstens ist dies eine Ländersteuer. Zweitens gibt es ein Verfassungsgerichtsurteil zur unterschiedlichen Bewertung von Geld und anderen Vermögen. Und drittens lohnt eine solche Steuer nur dann, wenn sich Umgehungsreaktionen der Steuerzahler vermeiden lassen und die Einnahmen des Staates tatsächlich verbessert werden. Jedenfalls ist die Vermögensteuer keine Angelegenheit, die sich eignet, alle paar Monate als Schnellschussvorschlag in die politische Debatte geworfen zu werden.

Ähnlich kompliziert verhält es sich mit der Zinsabschlagsteuer in der vorgeschlagenen Höhe von 25%: Wenn dieser Schritt die Einnahmen im Bundeshaushalt stärkt, bin ich dafür. Wenn, wie nach den neuesten Berechnungen bzw. Schätzungen des Bundesfinanzministeriums, mit Steuerausfällen zu rechnen ist, bin ich dagegen.

Auf dem Weg zu einer gerechten Steuerbelastung ist erwähnenswert, dass bereits heute 10% aller Steuerbürger 50% der Einkommensteuer aufbringen. Und 50% der unteren einkommen tragen unter 9% des Steueraufkommens bei. Das ist sicher noch nicht „gerecht“ aber auf dem richtigen Pfad.

Ergänzungen und Differenzierungen sehe ich auch bei der Zusammenlegung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe und beim Krankengeld: Das zur Alterssicherung gebildete Vermögen muss geschont bleiben, das Krankengeld ist weiterhin solidarisch zu finanzieren.

Es lohnt sich außerdem einmal über die bisher von der CDU bzw. Stoiber vorgetragenen schlimmen Alternativen nachzudenken:

- Kündigungsschutzgesetz erst ab 20 Mitarbeitern
- Kürzung der Sozialhilfe auf 75%
- Höhere Abschläge bei vorzeitigem Ruhestand
- Weiterbildungsmittel der Bundesanstalt für Arbeit halbieren
- Streichung der Arbeitslosenhilfe (Ausgleichszahlungen an Kommunen durch den Bund)
- Unternehmen und Betriebsrat sollen ohne Zustimmung der Tarifvertragsparteien betriebliche Bündnisse abschließen können (Aufhebung §77 Abs. 3 BetrVG)

Dieser CDU-Plan zeigt die Denkstruktur einer auf Spaltung angelegten neoliberalen Politik. Die tarifliche und soziale Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll damit endgültig zerstört werden.

Zusammenfassend denke ich, dass es sehr gut ist, statt dessen unsere Sozialsysteme mit der Agenda 2010 zukunftsfähig zu machen. Für mich wäre es keine Alternative, sie noch 5 Jahre wie bisher weiter zu betreiben, um sie dann endgültig aufgeben zu müssen.

Zu den steuerlichen Fragen bzw. der Beteiligung bestimmter Akteure nachfolgend noch einige Bemerkungen:

Steuerlich betrachtet lassen sich alle Unternehmen in zwei Rechtsformen einteilen: Freiberufler, Handwerker Einzelunternehmer bzw. Personengesellschaften auf der einen Seite, Körperschaften, also Aktiengesellschaften und GmbH's auf der anderen Seite. Dabei sind 85 % aller Betriebe Personengesellschaften und nur 15 % Körperschaften. Die Körperschaften zahlen Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag und die Anteilseigner der Körperschaften zahlen Einkommensteuer sowohl auf das Arbeitseinkommen als auch auf die Dividende aus den Anteilen. Zu bemerken ist, dass zwar die Eigentümer der Personengesellschaften Einkommensteuer auf ihre Erträge aus Ihrem Unternehmen bezahlen, dass aber eine Personengesellschaft keine Steuern bezahlt: keine Körperschaftsteuer und seit der rot-grünen Steuerreform keine Gewerbesteuer und keinen Solidaritätszuschlag mehr.. Bei den "Körperschaften" handelt es sich um ein Zwei-Ebenen-Modell: Unternehmen und Eigner bezahlen beide Steuern, bei der Personengesellschaft handelt es sich um ein Ein-Ebenen-Modell: nur der Eigner und nicht das Unternehmen bezahlt Steuern. Das ist zum Verständnis der Steuersystematik sehr wichtig.

Die große Entlastung bei der Lohn- bzw. Einkommensteuer, die erstmals in der Nachkriegsgeschichte in den vergangenen vier Jahren gravierend gesenkt wurde, helfen also sowohl dem Mittelstand als auch den Arbeitnehmern und Familien. Außerdem ist das Kindergeld und der steuerliche Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung deutlich gestiegen. Beschlossen sind bereits die Senkung des Eingangssteuersatzes in Stufen von 25,9

auf 15 Prozent bis 2005 – inzwischen eine Stufe aufgrund der Flutkatastrophe um ein Jahr verschoben und eine als vorzuziehende Stufe geplant - , zudem wird das steuerfreie Existenzminimum von 6.322,- Euro in 1998 auf 7.664,- Euro vergrößert. Das heißt, der für alle Steuerpflichtigen steuerfreie Betrag wird kräftig angehoben und schließlich noch der Spitzensteuersatz auf ein international vergleichbares Niveau gesenkt. Es ist schnell zu sehen dass all diese Steuersenkungen trotz Einführung der Ökosteuer und geänderter Tabak- und Versicherungssteuer, den Menschen, speziell den Familien, mehr Geld in ihren Taschen lässt. Allerdings geben viele Menschen das zusätzliche Geld momentan nicht aus – mit einer Sparquote von 10% in Deutschland, ist keine Konjunktur zu machen...

Das Unternehmenssteuerrecht bis 1998 stand Investitionen oft im Wege, weil beispielsweise an Aktionäre ausgeschüttete Gewinne mit nur 30 Prozent besteuert werden, im Unternehmen belassene und re-investierte Gewinne hingegen mit 40 Prozent. Außerdem wurden früher alle(!) von den Aktiengesellschaft bezahlten Körperschaftsteuern später an die Aktionäre zurück(!)bezahlt (Vollanrechnungsverfahren). Leider wurden damit durch die alte Regelung wenig Anreize geboten, Arbeitsplätze zu schaffen und die Innenfinanzierung der Unternehmen zu stärken. Deshalb sind die Steuersätze heute für ausgeschüttete wie für re-investierte Gewinne einerseits auf 25 Prozent vereinheitlicht und gesenkt, andererseits aber definitiv erhoben. Dabei hat der Anteilseigner künftig die Hälfte seiner Dividendeneinkünfte mit seinem persönlichen Einkommensteuersatz zu versteuern (Halbeinkünfteverfahren). Auf diese Weise werde künftig die Investition in der Unternehmenssphäre steuerlich besser gestellt als das Privateinkommen der Aktionäre. Das sei einer der Gründe, warum wir heute 1,3 Millionen mehr Beschäftigungsverhältnisse haben als vor vier Jahren - sonst wäre der Druck der internationalen Wachstumsschwäche auf den Arbeitsmarkt noch größer geworden.

Im Ergebnis bezahlen Aktiengesellschaften und GmbH's künftig 25% Ertragsteuern, 12% Gewerbesteuern und 1% Solidaritätszuschlag, zusammen also 38% - definitiv. "Definitiv bedeutet" dabei, dass diese Steuereinnahmen – anders als früher – im Steuertopf bleiben und nicht durch Steuerspartricks vermieden werden können". Im Gegensatz dazu zahlen 96 % aller Personengesellschaften weniger als 38 %, weil ihre Eigner nur nach der deutlich gesenkten Einkommensteuer veranlagt werden. Dabei ist zu bedenken, dass vor der großen Steuerreform "Konzerne bzw. Versicherungs- und Energiewirtschaft kräftig belastet wurden, denn früher gab es kein Abzinsungsgebot und damit viele Einnahmen aus Gewinnen aus Risikorücklagen am Fiskus vorbei. So etwas gibt es heute nicht mehr.

Sie erkennen, dass speziell die Konzerne einen großen Beitrag leisten werden, sobald die früher angesammelten Steuerguthaben (die Waigel natürlich schon ausgegeben hat, die Eichel nun aber nach altem Recht immer noch auszahlen muß, bis der Topf leer ist) aufgebraucht sind. Künftig wird „definitiv“ bezahlt. Übrigens ist auch etwas wie „BMW kauft Rover“ und spart sehr sehr viel Steuern nicht mehr möglich. Rover war der noch nach altem Recht abgewickelte letzte Vorgang dieser Art.

Mit der Hoffnung Ihre Fragen und Anregungen konstruktiv aufgegriffen zu haben, verbleibe ich

mit freundliche Grüßen, Ihr Lothar Binding

---

Lothar Binding  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB \* Platz der Republik 1 \* 11011 Berlin

Geschäftsführer  
Haldex Brake Products GmbH

Berliner Büro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 -73144  
Fax: (030) 227 -76435  
eMail:  
lothar.binding@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg  
Tel: (06221) 18 29 28  
Fax: (06221) 61 60 40  
eMail:  
lothar.binding@wk.bundestag.de

## **Dank für freundliches Gespräch**

Sehr geehrte Herren,

auf diesem Wege möchte ich mich nochmals sehr herzlich für das freundliche Gespräch mit Ihnen in Ihrem Hause bedanken. Inzwischen hatte ich auch Gelegenheit mit dem Betriebsrat zu sprechen. Mit der Erkenntnis, dass die Ziele hinsichtlich Beschäftigung und Ertragsentwicklung von Betriebsrat und Geschäftsführung sehr nahe beieinander liegen, habe ich auch einen Brief an Herrn Warnander geschrieben.

Den Brief an Herrn Warnander erhalten Sie mit getrennter Post zur Kenntnis.

Mit der Hoffnung, dass Sie doch noch eine, auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Haldex Heidelberg, zukunftsfähige Lösung finden, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen,

Lothar Binding

---

**Lothar Binding**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB \* Platz der Republik 1 \* 11011 Berlin

**Geschäftsführer  
Haldex Brake Products GmbH**

**Heidelberg**

**Berliner Büro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 -73144  
Fax: (030) 227 -76435  
eMail:  
lothar.binding@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**  
Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg  
Tel: (06221) 18 29 28  
Fax: (06221) 61 60 40  
eMail:  
lothar.binding@wk.bundestag.de

Sehr geehrte Herren

anliegend erhalten Sie meinen zweiten Brief an Herrn Warnander zur Kenntnis.

mit freundlichen Grüßen, Lothar Binding

Lothar Binding  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Lothar Binding, MdB \* Platz der Republik 1 \* 11011 Berlin

President and Chief Executive Officer  
der Haldex Brake Products AB

Berliner Büro  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 -73144  
Fax: (030) 227 -76435  
eMail:  
lothar.binding@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Bergheimer Straße 88  
69115 Heidelberg  
Tel: (06221) 18 29 28  
Fax: (06221) 61 60 40  
eMail:  
lothar.binding@wk.bundestag.de

## **Mut zur Veränderung braucht kluges Management**

Sehr geehrte Herren,

immer wenn wir nach guten Beispielen suchen, sei es hinsichtlich der Sozialsysteme, sei es hinsichtlich einer bestimmten Firmenkultur oder der Verantwortlichkeit von Managern gegenüber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder sei es auch hinsichtlich der Bewältigung von betriebswirtschaftlich, politisch oder auch exogen bzw. global notwendigen Umstrukturierungen – dann schauen wir nach Schweden. Wir schauen, welche Lösungen die Schweden gefunden haben. Das ist einer der Gründe, warum ich Ihnen schreibe.

Ich schreibe Ihnen auch in großer Sorge um viele Menschen und deren Familien, die sich in Ihrer Obhut befinden. Ich spreche von Haldex Heidelberg. Wenn Sie sich einmal die Chronik von 1925 bis 2000 dieses Werkes mit seiner langen Geschichte ansehen, fällt Ihnen sicher auf, dass die Kolleginnen und Kollegen stets eine sehr hohe Bindungskraft zu Ihrem und Ihrem Unternehmen entfaltet haben. Ein Commitment auf das Haldex stets bauen konnte und kann. Commitment und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, liegen dicht beieinander.

Nach meiner Erkenntnis in einem kürzlich geführten Gespräch mit Kollegen von Haldex Heidelberg gilt dies gerade heute noch immer uneingeschränkt. Dies war auch eine Stütze des Unternehmens in einer Zeit, als im Management offensichtliche Fehler gemacht wurden. Da ich selbst in der IT-Netzplanung, Inbetriebnahme und Beratung für große Unternehmen gearbeitet habe, möchte ich in diesem Zusammenhang exemplarisch nur auf einen für verantwortungsarmes Management klassischen Fehler hinweisen: das vollständige „outsourcing von know how“. Wie kann ein Unternehmen seine wichtigsten Ressourcen, sein contentmanagement, sein Wissen und

seine interne Kommunikation an eine Fremdfirma abgeben und sich so praktisch in große Abhängigkeit begeben und damit auch einem Preisdiktat unterwerfen? Natürlich bedarf es nun erheblicher Anstrengungen und Kosten wieder Herr im eigenen Haus zu werden und das Wissen zurückzuholen.

In einer solchen Phase sind besondere Führungs- und Managementqualitäten gefragt. Geschäftsführer Herrn Gunnar Kraft erläuterte in einem freundlichen Gespräch, dass die gegenwärtigen Rahmenbedingungen, soweit analysiert, eine Verlagerung der mechanischen Fertigung notwendig erscheinen lassen. Es versteht sich von selbst, dass Verluste dauerhaft nicht hinnehmbar sind und dass es dringend notwendig ist, Haldex Heidelberg wieder in Gewinnzone zu führen. Dies ist natürlich um so schwieriger, als die Zuwachsraten in diesem Marktsegment begrenzt sind, und die wichtigsten Konkurrenten bereits in Billiglohnländern produzieren. Ich möchte Sie fragen, ob es nicht gerade diese Gründe sind, die es lohnend machen, sich eine andere Strategie als die Konkurrenz zu überlegen. Kurzfristig und unter Vernachlässigung der qualitativen Standards bzw. Arbeitsergebnisse qualifizierter und erfahrener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Haldex Heidelberg, rückt der einfachste Weg – Verlagerung in Billiglohnzonen – schnell in den Vordergrund.

Gerade mit Blick auf die jüngst wieder aufgetretenen enormen Probleme der Zulieferer in einigen Branchen hinsichtlich Qualität, Stückzahlen und Termintreue sollte aber eine langfristig wirkende zukunftsfähige Strategie entwickelt werden – flankiert von Qualifizierung und Personalentwicklung.

Ich war beeindruckt von der großen Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einer zukunftsfähigen Strategie für Haldex mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen. Diese Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen, kombiniert mit verantwortungsbewussten Entscheidungen im Management sind eine gute Basis: Wenn die besondere Stärke von Haldex Heidelberg, die mit Kunden kooperativ organisierte Produktentwicklung, bei gleichzeitiger Mehrarbeitszeit und einer Optimierung der jeweiligen Fertigungstiefe, zwischen den Kunden von Haldex und Haldex, weiterentwickelt wird, hat Haldex die Chance auf eine langfristige Strategie – jenseits einer kurzfristigen Minimierung der Lohnsumme. Neben der mir bekannten Bereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Leistungslohnminderung müsste dieser integrative Prozess einhergehen mit einer Modernisierung der Fertigungsausrüstung.

Langfristig sollten wir neben der Standortkonkurrenz immer auch im Blick haben, dass jene Produkte, die wir erzeugen, hinsichtlich ihrer Preisgestaltung im Verhältnis zum Lohn derjenigen die produzieren und konsumieren, langfristig Absatzmärkte finden.

Ich habe Ihren ANNUAL REPORT 2002 gelesen und nehme auch Ihre Einschätzung in „THE OUTLOOK FOR 2003: The forecasts of vehicle production on our main markets in North America and Europe do not show any meaningful increase during 2003“ sehr ernst, denn Sie reflektieren offensichtlich sehr verantwortlich und vorsichtig die Zukunft von Haldex. Gerade deshalb möchte ich Sie bitten nochmals über die hervorragenden Synergiemöglichkeiten von Produktion und Entwicklung an einem Standort nachzudenken. Hinsichtlich der geographischen Lage im Verhältnis zu den Standorten wichtiger Kunden von Haldex bietet sich Heidelberg dabei als besonders vorteilhaft an. Dies wird natürlich unterstrichen durch das inzwischen realisierte Projekt „Haldex Future Plant“, das auch von unserer Stadt und insbesondere von unserer Oberbürgermeisterin Beate Weber gern und intensiv unterstützt wurde.

Last but not least möchte ich nochmals auf den Begriff Verantwortung zurück kommen. Wenn Sie bedenken, welche berufliche aber auch menschliche und familiäre Katastrophe die vollständige Aufgabe der mechanischen Fertigung bei Haldex für Menschen bedeutet, die ca. 20 Jahre ihres Lebens, ihrer Lebenszeit, in diesen Bereich einer Firma investiert haben, die inzwischen etwa 45 Jahre alt sind, häufig auch älter, dann wird sicher schnell deutlich, warum ich Ihnen diesen eindringlichen Brief schreibe. Hier geht es nicht mehr nur um einen abstrakten Verantwortungsbegriff, es geht um die Übernahme konkreter persönlicher Verantwortung.

Ich hoffe sehr, dass Sie Ihre Möglichkeiten, auch in Kooperation mit den Aufsichtsgremien, den Standort Heidelberg für die mechanische Fertigung zu erhalten, nochmals prüfen.

Mit freundlichen Grüßen,  
Lothar Binding